



HESSISCHER LANDTAG

04. 02. 2010

*Dem Ausschuss für
Arbeit, Familie und Gesundheit
überwiesen*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend Hartz-IV-Debatte versachlichen: Konzepte für öffentlich
geförderte Beschäftigung, sozialen Arbeitsmarkt, Bürger- und
Gemeindearbeit ernsthaft prüfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit wird beauftragt, eine Anhörung zu den verschiedenen Konzepten für öffentlich geförderte Beschäftigung, einen sozialen Arbeitsmarkt und für Bürger- und Gemeindearbeit durchzuführen. Dabei sollen Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Kommunen, Institutionen und Organisationen zu Wort kommen, die dezidiert Positionen zu den genannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bzw. zu ähnlichen Modellen abgeben können.

Ziel soll es sein, mögliche Chancen und Risiken sowie Perspektiven und Probleme hierzu eingehend zu diskutieren und gegebenenfalls Empfehlungen für Hessen zu geben und somit die Debatte über eine Weiterentwicklung der sogenannten Hartz-Gesetze zu versachlichen.

Begründung:

In der Januarsitzung des Landtags zum Thema Arbeitsmarkt wurden von den Rednerinnen und Rednern aller Fraktionen verschiedene Modelle für öffentlich geförderte Beschäftigung, einen sozialen Arbeitsmarkt bzw. Bürger- und Gemeindearbeit angesprochen. Teilweise liegen bereits fertig ausgearbeitete Konzepte vor.

Auch der Ministerpräsident sprach sich für eine massive Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung aus, allerdings verbunden mit der Verschärfung von Sanktionen gegenüber Arbeitslosen.

Im Zusammenhang mit öffentlich geförderter Beschäftigung gibt es verschiedene Modelle mit unterschiedlichen Zielsetzungen: Arbeitsgelegenheiten, Bürgerarbeit oder Gemeindearbeit einerseits, längerfristige sozialversicherungspflichtige geförderte Beschäftigung, wie etwa in Vorschlägen zu einem "sozialen Arbeitsmarkt" beschrieben, andererseits.

Sowohl die bisherigen Vorschläge als auch die Vorstellungen des Ministerpräsidenten sollen in einer Landtagsanhörung auf ihre Vor- und Nachteile für die Arbeitssuchenden untersucht werden. Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Reform der Hartz-Gesetzgebung könnte endlich versachlicht werden, was im Interesse der Langzeitarbeitslosen dringend nötig ist.

Wiesbaden, 3. Februar 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir